



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

# Ordnungsprobleme der Wirtschafts- und Agrarpolitik

Prof. Dr. H. Niehaus, Bonn

Der Vortrag von Prof. Dr. Niehaus auf der 8. Hochschul-Tagung der Landwirtschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat Anlaß zu zahlreichen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit gegeben; dabei wurden nur Auszüge wiedergegeben oder abgehandelt. Um den Lesern der „Agrarwirtschaft“ eine eigene Stellungnahme zu ermöglichen, bringen wir nachstehend den Vortrag im vollen Wortlaut.

Die Schriftleitung.

## Das Problem

Die Erörterungen über Fragen der Agrarpolitik im Parlament, in der Tagespresse und in Fachzeitschriften zeigen, daß noch starke Meinungsverschiedenheiten bestehen; nicht nur in Einzelfragen, was ganz selbstverständlich ist, sondern über die Gesamtlinie der Agrarpolitik. Vielleicht kann eine wissenschaftliche Betrachtung etwas zu einer grundsätzlichen Klärung beitragen, indem sie, wie der Schweizer Nationalökonom Fritz Marbach sagt, den „sozialgeometrischen Ort“ zu bestimmen sucht, den die Agrarpolitik im Gesamtgefüge der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik heute einnimmt oder einnehmen sollte. Wenn wir von Ordnungsproblemen der Agrarpolitik sprechen, so ist damit die Aufgabe gemeint:

1. Die Agrarpolitik in Übereinstimmung zu bringen mit den staatspolitischen und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen einer freiheitlichen Demokratie;
2. Sie der Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftsprozesses so anzupassen, daß diese kontrolliert, gestützt, aber nicht gestört wird;
3. Sie mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik sinnvoll zu koordinieren;
4. Sie in ihren eigenen Zielen und Maßnahmen nach Ort und Zeit richtig abzustimmen.

Diese vier Probleme stehen selbst in einer Rangordnung. Politische und gesellschaftliche Grundüberzeugungen sind oberste Werte, die Geltung haben und nicht bewiesen zu werden brauchen. Sie sind, wie der amerikanische Agrarökonom R. Schickele sagt, ebenso real wie ein Weizenpreis. Wenn unsere persönlichen Überzeugungen mit den allgemein herrschenden nicht übereinstimmen, so ist das eine Privatangelegenheit, die für die Gesellschaft nicht mehr Bedeutung hat als das Murren des Bauern X, dem der allgemeine Marktpreis für

Weizen zu niedrig erscheint. Geltung in diesem Sinne haben deshalb in der gegenwärtigen Zeitepoche nicht die Ressentiments der Anhänger autokratischer Staatsverfassungen, sondern die Prinzipien der Demokratie. Wie Sie aber aus Ihrer eigenen Lebenserfahrung feststellen können, genügt es für die praktische Lebensführung noch nicht, daß man Prinzipien hat. Man muß sie auch anzuwenden wissen. Dabei stoßen wir auf den anderen Pol unserer Existenz, nämlich die materiellen Grundlagen, die weithin den objektiven Charakter eines Schicksals haben. Wir gehen zwar nicht soweit wie der orthodoxe Marxismus, der die politischen und gesellschaftlichen Überzeugungen nur als einen ideologischen Überbau der Produktionsverhältnisse ansieht. Andererseits erkennen wir an, daß der Wirtschaftsprozess bei der ständigen Wiederholung seines Ablaufs eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt und in seiner zeitlichen Entwicklung seine eigene Dynamik hat. Als man vor nunmehr anderthalb Jahrhunderten die Naturgesetze der Wirtschaft entdeckte, da glaubten viele im ersten Enthusiasmus und voller Abscheu gegen die Privilegien- und Polizeiwirtschaft des Merkantilismus, daß die Wirtschaftsgesetze allein eine befriedigende Wirtschaftsordnung garantierten. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, daß dieser Optimismus nicht berechtigt war. Ebenso falsch aber ist die Behauptung, die heute als Philosophie der Grenzproduzenten und ihrer politischen und administrativen Betreuer weite Verbreitung gefunden hat: daß nämlich die Wirtschaftsgesetze nur in den Köpfen der Theoretiker beständen und daß die Wirtschaftsordnung nur durch die Wirtschaftspolitik geschaffen werden könne.

Hier eröffnet sich das weite Feld für die wissenschaftliche Betrachtung. Sie hat zu klären, inwieweit die Wirtschaftsgesetze allein schon eine Ordnung zustande bringen, die den herrschenden Werturteilen entspricht, und welche Korrekturen und Ergänzungen durch eine Rechtsordnung herbeigeführt werden müssen. Wir stehen also vor dem Problem, daß weder die Naturordnung der Wirtschaft noch die Rechtsordnung des Staates allein eine sinn-

volle Wirtschaftsordnung verbürgen. „Die Gesetze der Naturordnung reichen für sich genommen nicht aus, weil das menschliche Handeln durch die als Plandaten dienenden Preise nicht genügend festgelegt und begrenzt ist, die Gesetze der Rechtsordnung sind ebenso unzureichend, weil die unendliche Vielfältigkeit des menschlichen Verhaltens durch sie nicht vollständig genug umschrieben werden kann. Nur die wechselseitige Ergänzung von Natur- und Rechtsgesetzen führt zu einer in sich geschlossenen und einheitlichen Wirtschaftsordnung“<sup>1)</sup>. Die Wissenschaft ist wohl in der Lage, aus der Kenntnis vom Wesen der Wirtschaftsgesetze und von der Beschaffenheit des historisch gegebenen Milieus die Richtung für die Koordinierung anzugeben. Entlang dieser Grundrichtung gibt es aber noch unendlich viele Möglichkeiten der praktischen Gestaltung, über welche die Wissenschaft keine verbindlichen Aussagen machen kann. Das ist Sache des Wirtschaftspolitikers. Wirtschaftspolitik pflegt ein Kompromiß zu sein zwischen einer gewissen Einsicht in den Sachzusammenhang der Dinge und den Wünschen der Wähler der jeweils herrschenden Koalition. Bei der Beurteilung der Sachlage kann die Wissenschaft dadurch helfen, daß sie die in der Vergangenheit durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen systematisch ordnet und auf ihre Folgen untersucht. Dabei kommt dann zum Vorschein, ob die Ziele erreicht worden sind, wie groß der Aufwand war und ob der unmittelbare Erfolg nicht durch unbeabsichtigte Neben- und Rückwirkungen wieder aufgehoben wurde. Daraus ergeben sich für den Wirtschaftspolitiker neue Einsichten für die richtigen Einsatzstellen und die Grenzen der Staats-tätigkeit. Das ergibt dann eine Theorie der Wirtschaftspolitik für den praktischen Gebrauch. Der italienische Nationalökonom Bresciani-Turroni hat darüber ein ausgezeichnetes Buch geschrieben<sup>2)</sup>.

Wenn die Hauptrichtung der Agrarpolitik im Zusammenhang mit den politischen Werturteilen und der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft gefunden ist (Punkt 1 und 2 unseres Programms), dann kann auch die dritte Aufgabe: Koordinierung mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik und die vierte Aufgabe: zweckmäßige Abstimmung aller agrarpolitischen Maßnahmen untereinander, keine großen Schwierigkeiten mehr bieten. Wir wollen deshalb unsere Aufmerksamkeit ganz auf die beiden ersten Aufgabenkreise richten.

Das deutsche Volk hat sich nach dem Kriege für den demokratischen Rechtsstaat entschieden, in dem die Grundrechte der Persönlichkeit mit den Gesamtinteressen durch eine Rechtsordnung abgestimmt werden sollen. Die Rechtsordnung garantiert den Gebrauch der Freiheit, setzt ihr aber auch Schranken. Die ideale Norm ist daher ein

Gleichgewicht zwischen dem individuellethischen Prinzip der Freiheit und dem sozialethischen Prinzip der Gerechtigkeit. Es ist klar, daß dieses Gleichgewicht nicht durch eine feststehende Formel ausgedrückt werden kann. Es ist in seiner konkreten Gestalt abhängig von der Einsicht und dem guten Willen der Regierten und der Regierenden. Je mehr die Regierten ihre Freiheit als Betätigung eines rücksichtslosen Egoismus auffassen, desto stärker müssen die Schranken gegen individuelle Willkür sein. Infolgedessen ist das logische und moralische Fundament der echten Demokratie die staatsbürgerliche Erziehung und die praktische Übung in der Selbstverwaltung der kleinen und größeren Gebietskörperschaften, in denen schon das tägliche Zusammenleben aller Schichten der Bevölkerung den Sinn für einen gerechten Ausgleich der Interessen entwickelt. Die Regierenden aber müssen sich hüten vor dem Mißbrauch ihrer Macht, indem sie sich in der Gesetzgebung weise Beschränkung auferlegen und von Verwaltungsanordnungen und ihrer gewaltsamen Durchsetzung im Verwaltungszwang möglichst wenig Gebrauch machen. Es kommt also darauf an, eine Wirtschaftsordnung zu finden, die ein Höchstmaß von Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht. Wenn die Wirtschaft nur durch Gesetze und Verordnungen gesteuert werden müßte, dann sähe es mit der Freiheit sehr schlecht aus. In Wirklichkeit findet diese aber eine Stütze in einem eigenen Ordnungsprinzip der Wirtschaft, das in der Natur der Menschen und Dinge verankert ist und den komplizierten Wirtschaftsprozeß stündlich und täglich in Gang hält.

**Das Wesen der Marktwirtschaft**

Wie alle chemischen Prozesse zurückgeführt werden können auf die mannigfaltigen Verbindungen verhältnismäßig weniger Elemente von bestimmter Beschaffenheit, so kommt auch in die Wirtschaft, in der viele Millionen Betriebe und Haushaltungen ihre Pläne machen, dadurch eine Ordnung hinein, daß alle Beteiligten nach wenigen leicht verständlichen Regeln immer wieder über knappe Mittel entscheiden müssen. Dabei liegt die Triebkraft in den natürlichen Anlagen der Menschen, die, wie Adam Smith gesagt hat, alle gerne ihre Lage verbessern möchten; sie liegt in der technischen Phantasie, durch die sich der Mensch vom Tier, das in passiver Anpassung an seine Umwelt verharrt, so stark unterscheidet; sie liegt endlich in der Befolgung des ökonomischen Prinzips, auf eine Sache nur soviel Zeit und Anstrengung zu verwenden, wie unbedingt nötig ist. Daraus ging die Arbeitsteilung und der Tausch von Gütern und Dienstleistungen hervor, die ihre Bewertung in Geld auf dem Markt finden, der nun als Regulator für Produktion und Konsum funktioniert. Diese marktwirtschaftliche Koordination der wechselseitig füreinander tätigen Einzelwirtschaften stellt nach dem Gesetz der großen Zahl einen Ordnungszusammenhang her, der für alle Beteiligten zwingende Bedeu-

<sup>1)</sup> Leonhard Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination. „Ordo“, Bd. 3 (1950), S. 64.  
<sup>2)</sup> Constantino Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948.

tung hat. Es ist ähnlich wie im Bienenstaat, in dem weder König noch Königin noch ein Parlament der Arbeitsbienen befehlen, aber trotzdem in der Abstimmung der Funktionen eine existenzsichernde Ordnung vorhanden ist. Der Unterschied besteht nur darin, daß in der menschlichen Wirtschaft an die Stelle des unbewußten Naturinstinktes die bewußte, intelligente Anpassung getreten ist.

Von dem täglichen und stündlichen Plebiszit der Verbraucher, die sich in ihren Haushaltungen von ihren Nutzenschätzungen leiten lassen und so Richtung und Umfang der Nachfrage auf dem Markt bestimmen, gehen die Impulse auf die Betriebe aus, die ihre Produktion daran anpassen. Die Betriebe bestimmen durch die konkurrierende Nachfrage nach Betriebsmitteln, Arbeit, Kapital und Boden nach dem Gesetz der großen Zahl deren Marktpreise und gleichzeitig ihre individuellen Betriebskosten. Diese suchen sie in ein solches Verhältnis zu ihren Erlösen zu bringen, daß der Gewinn ein Maximum wird. Aus der Beteiligung an diesem Produktionsprozeß entsteht für alle das Einkommen, das wiederum in seinen verausgabten wie ersparten Teilen die Produktion in Gang hält. In einer stationären, sich nicht ausdehnenden Wirtschaft würde der ganze Prozeß im ewigen Gleichmaß nach einer festen Routine ablaufen; er wäre im stationären Gleichgewicht. In Wirklichkeit aber unterscheidet sich der Wirtschaftsprozess von der Naturordnung dadurch, daß er sich, obwohl er auch ständig wiederkehrt, mit zunehmender Naturbeherrschung auf einem steigenden technischen Niveau und unter Zunahme an Umfang und Kompliziertheit abwickelt. So errichtete insbesondere der abendländische Mensch über der Natur die künstliche Form seiner Wirtschaft, die ihm die Befriedigung seiner wachsenden Bedürfnisse durch immer weitere Anhäufung seiner Hilfsmittel und ihre intelligente Benutzung gestattet.

Dieser dynamische Charakter der Wirtschaft bringt aber eine ganz entscheidende Veränderung in die Pläne der Einzelwirtschaften und Haushaltungen. Denn nun können sich die Menschen nur noch in einem beschränkten Bereich auf die eingefahrenen Bahnen der Routine verlassen. Da sich die Daten der ökonomischen und sozialen Umwelt dauernd ändern, müssen die Pläne an Zukunftserwartungen orientiert werden. Damit kommt die Möglichkeit des Irrtums und das daraus folgende Risiko in den Wirtschaftsprozess hinein. Es kann durch Rückgriff auf angesammeltes Vermögen, durch Betriebsrücklagen und Haushaltersparnisse oder durch Vorgriff auf zukünftige Einnahmen in Form von Kredit aufgenommen werden. Irrtum und Risiko sind aber bei allen an der Zukunft orientierten menschlichen Handlungen das notwendige Gegenstück zur Wahlfreiheit. Wären sie nur dem Zufall unterworfen, so würden sie sich nach dem Gesetz der großen Zahl ausgleichen und auf den Gesamtverlauf der Wirtschaft keinen Einfluß haben. Tatsächlich aber unterliegen sie auf Grund des menschlichen Herdentriebs dem Gesetz der Ansteckung.

Sie häufen sich in bestimmter Richtung zu kollektiven Fehlleistungen, was zu Ungleichgewichten auf den Waren-, Kapital-, Geld- und Arbeitsmärkten führen kann. So kommt es zu den periodischen Schwankungen des Konjunkturzyklus, dessen kleines Abbild den Landwirten im Schweinezyklus besonders vertraut ist. Aber der Preismechanismus des Marktes, der immer wieder zur Anpassung zwingt, holt die Wirtschaft aus ihren extremen Lagen zurück, genau so wie die Gravitationskraft der Erde dem Pendel nur eine bestimmte Breite des Ausschlages gestattet. So wird zwar ein Gleichgewicht nie erreicht, aber die Volkswirtschaft schreitet vorwärts, auch wenn manche Einzelwirtschaften, die sich nicht rechtzeitig anpassen, dabei Verluste erleiden oder zugrunde gehen. Die Marktwirtschaft entspricht insofern dem unsentimentalen Prinzip der Naturordnung, der es in erster Linie auf die Erhaltung der Art und nicht auf das Einzelwesen ankommt. Das humanitäre Prinzip, das die Zurückgebliebenen und Schwachen schützt, hat in der menschlichen Gesamtordnung in Form der Sozialpolitik und der Caritas seinen berechtigten Platz neben, aber nicht in der Marktwirtschaft. Zum Prinzip der Marktwirtschaft erhoben, würde es den elastischen Mechanismus der Preisbeziehungen stören und die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft herabsetzen. In dem ständigen Kampf, in dem die Menschheit der Natur die stets knappen Güter zu ihrer Bedürfnisbefriedigung abringt, darf man die Lazarette nicht in die Front verlegen. Wohl aber darf man an besonders gefährdeten Stellen Finanz- und Notenbankreserven einsetzen, um tiefe Einbrüche in das Wirtschaftsgefüge zu verhindern, aber ohne den Einzelwirtschaften das ganze Risiko abzunehmen.

### Die Gefahren des Gruppenegoismus

Unter der Voraussetzung, daß es im marktwirtschaftlichen System nur politisch machtlose Individuen und keine Unterschiede des Besitzes gibt, die ökonomische Übermacht begründen, vermag eine Wirtschaftsordnung, die auf dem Leistungsprinzip beruht, durch vorsichtige Konjunkturpolitik überwacht und durch Sozialpolitik und Caritas ergänzt wird, ein hohes Maß von Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Aber wir müssen hier eine bedeutende Einschränkung machen. Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft beruht nämlich nicht allein auf der Koordinierung wirtschaftlich gleichgestellter Individuen, die auf dem Markt Leistungen austauschen. Es hat keinen Zweck, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß von Uranfang an das menschliche Zusammenleben auch durch Machtbeziehungen gekennzeichnet ist. Die Macht aber richtet eine eigene Ordnung auf; sie besteht in „einem Netz von Vorherrschaftsbeziehungen, in dem jedes Element die Tätigkeit der ihm untergeordneten Elemente fördert und in gleichem Maße kontrolliert“<sup>3)</sup>. Wir haben es hier mit einem Prinzip der Unterordnung zu tun, bei dem die Minder-

<sup>3)</sup> L. L. Whyte, Die nächste Stufe der Menschheit. Zürich o. Jahr, S. 141.

heit der Eliten den Ton angibt. Die Geschichte dieser Machthierarchie ist nun gekennzeichnet durch den Wechsel der Eliten. Im Mittelalter wurde die politisch-gesellschaftliche Ordnung durch Adel und Kirche bestimmt; dann folgten die absoluten Herrscher mit ihrer Beamten- und Militärhierarchie; darauf erstritt sich das Großbürgertum in den konstitutionellen Monarchien die Mitherrschaft und in den Republiken die Alleinherrschaft. In der parlamentarischen Demokratie gewährte es zwar die politische Gleichberechtigung, begründete aber gleichzeitig seine Machthierarchie auf den Besitz von Sach- und Geldkapital. Aber der Kreislauf der Eliten ging weiter, weil in dieser Welt nichts Bestand hat als der Wechsel. Wie der Adel in den konstitutionellen Monarchien seine Macht mit dem Bürgertum teilen mußte, so partizipieren heute in den westlichen Demokratien auch die Industriearbeiter und die Bauern an der politischen Macht.

Es ist zweifellos im Lauf der Weltgeschichte noch niemals soviel Freiheit in der menschlichen Gesellschaft verwirklicht worden wie im heutigen System der parlamentarischen Demokratien. Um so mehr sollten wir die Gefahr eines verhängnisvollen Absturzes erkennen. Die weite Aufgliederung der Macht vermag bei großem Verantwortungsgefühl der beteiligten Gruppen einen hohen Grad von Freiheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten, führt aber bei geringerer Qualität der Eliten zu oligopolistischen Macht- und Wirtschaftskämpfen. Dann wird der Staat zur Beute der Gruppenanarchie, und in der Wirtschaft tritt an die Stelle des Leistungsprinzips der Marktwirtschaft die Privilegienwirtschaft einiger starker Gruppen, die unter dem Vorwand, der freie Wettbewerb eigne sich nicht für sie, den Staat als Interventionsmaschine benutzen, um sich auf Kosten schwächerer Gruppen einen möglichst großen Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Gruppenanarchie aber schafft ein politisches Vakuum, das von der Geschichte nie geduldet wird. Wenn es keine Eliten mehr gibt, die verantwortungsbewußt das Gesamtinteresse vertreten, dann geht die Macht notwendig von den Gruppen der parlamentarischen Demokratie an den bürokratischen Polizeistaat über, der dann die Wirtschaft in eine zentrale Verwaltungswirtschaft hineinpreßt und die Freiheit abschafft.

Um diese Gefahr ganz verstehen zu können, müssen wir in der Analyse des historischen Milieus noch etwas tiefer gehen und uns mit einer massenpsychologischen Zeitströmung beschäftigen, die ich als „Sicherheitskomplex“ bezeichnen möchte. Denn hier liegen die tiefsten Wurzeln des Mißtrauens gegen die Gesetze der Marktwirtschaft. Dieses Sicherheitsstreben, das heute so viele geneigt macht, die Freiheit für ein Linsengericht zu verkaufen, ist besonders gefördert worden durch die Angstneurose, welche die große Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/33 zurückgelassen hat. Diese Krise unterscheidet sich von allen vorhergehenden durch ihre räumliche Ausdehnung, durch ihre Heftigkeit und lange Dauer, denn in vielen Ländern hielt die Depression trotz vieler

wirtschaftspolitischer Gewaltkuren noch bis zum zweiten Weltkrieg an. Es gibt nun keine größere Geschichtsfälschung als den Versuch, diese Katastrophe der Marktwirtschaft anzukreiden. Diese Legende ist ein Entlastungsversuch der Politiker, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts mit ihrer miserablen Politik ihre Völker ins Unglück gestürzt haben. Sie hetzten die Wirtschaft durch zwei Weltkriege und noch mehr Inflationen, zerstörten den sinnvollen Mechanismus der Goldwährung, warfen die Zahlungsbilanzen durch den wirtschaftsfremden Mechanismus der politischen Verschuldung über den Haufen, brachten alle Mengen und Preise durcheinander, machten das Strafrecht zum Garanten ihrer neuen Wirtschaftsordnung und erfanden für die verstümmelte Wirtschaft schließlich tausend Prothesen. Und wenn sich die Wirtschaft nun trotz der Eisenbarkuren wieder erholt hat, was sie dem Erhaltungswillen, dem Fleiß und der Intelligenz der vielen Millionen Einzelmenschen verdankt, so werden diese noch heute in dem Glauben gehalten, daß es die Krücken des Interventionismus sind, die sie gerettet haben, und daß sie nur mit ihnen den sicheren Gang in eine unbekannte Zukunft antreten könnten. Beladen mit einer gewaltigen Steuerlast, sehen sie in jeder normalen Schwankung der Marktpreise gleich das Gespenst einer neuen Wirtschaftskrise. Ohne zu merken, daß die Marktwirtschaft durch schlechte Politik gründlich verdorben worden ist und daß davon die tiefste Unsicherheit ihrer Existenz herührt, erwarten sie in verhängnisvoller Blickverschiebung ihre Sicherheit durch Befreiung vom Marktrisiko! Man möchte nicht, wie kürzlich noch ein hoher Verwaltungsbeamter gesagt hat, in die Marktwirtschaft hineingepreßt werden, sondern Freiheit und Ordnung durch staatliche Marktregelung herbeiführen. Damit ist dann die Verwirrung vollkommen: Freiheit und Zwang können inhaltlich nicht mehr unterschieden werden, sie sind nur noch willkürlich verwendete Etiketten. Wie soll bei dieser babylonischen Sprachverwirrung eine einheitliche Wirtschaftspolitik getrieben werden? Klärung der Begriffe tut hier besonders not.

Ich habe bereits 1948 in meiner Broschüre „Der Bauer in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“<sup>4)</sup> darauf hingewiesen, daß man dem Problem von Freiheit und Sicherheit nur beikommen kann, wenn man von diesen Allgemeinbegriffen zu den konkreten Freiheiten und Sicherheiten heruntersteigt, welche die Menschen im Alltag erstreben. Sie werden mir nicht widersprechen, wenn ich sage, daß z. B. der Bauer folgende Freiheiten haben möchte: die Freiheit, durch Rechtsakt über seinen Hof zu verfügen (Übergabevertrag, Testament, Verkauf, Belastung); die Freiheit, den Betrieb nach seinem Willen zu organisieren und zu führen und seine Produkte zu verkaufen, an wen er will. Aber er möchte auch folgende Sicherheiten haben: die Sicherheit vor Ent-

<sup>4)</sup> H. Niehaus, Der Bauer in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. (Agrar-Wissenschaft und Agrar-Politik, H. 12.) Köln und Opladen 1948.

eignung, Zwangsversteigerung, untragbarer Steuerbelastung; die Sicherheit eines dauernden Absatzes seiner Produkte zu annehmbaren und wenig schwankenden Preisen. Man kann nun leicht zeigen, daß sich diese Freiheiten und Sicherheiten nicht immer gleichzeitig verwirklichen lassen, und daß man sich dann entscheiden muß, welche ganz bestimmten Freiheiten man gegen bestimmte Sicherheiten austauschen will. Wenn auf diese Weise Freiheit und Sicherheit teilbar sind, so kann sich jeder nach seiner Lage und seinen Anschauungen eine besondere Kombination zusammenstellen. So waren z. B. 1933 viele hochverschuldete Bauern bereit, die scharfen Beschränkungen in der Verfügungsfreiheit über den Hof, die das Reichserbhofgesetz gebracht hatte, hinzunehmen, um der Zwangsversteigerung zu entgehen. Die nicht verschuldeten Bauern dagegen waren Gegner dieser Freiheitsbeschränkungen. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Bauern bei knappen Märkten bis 1950 für freie Wirtschaft und Wettbewerb, für Aufhebung der Zwangswirtschaft und Beseitigung des Reichsnährstandes. Bei wiederaufgefüllten Märkten haben sich die meisten seitdem wieder für die sogenannte Marktordnung entschieden: und viele wünschen den Reichsnährstand wieder herbei. Und so geht es landauf, landab in der ganzen Welt und bei allen Berufszweigen. Wer sich stark fühlt, der ist für freies Spiel der Kräfte, wer sich unterlegen fühlt, der sucht Hilfe zur Verteidigung seiner Position: eine Preisgarantie, einen Zollpanzer oder ähnliches.

Neuerdings haben auch amerikanische Wirtschaftswissenschaftler dieses Wechselspiel von Freiheit und Sicherheit untersucht und sind zu denselben Ergebnissen gekommen<sup>5)</sup>. Hathaway sieht z. B. die Schwierigkeiten der Agrarpolitik in den USA darin, daß die Vorstellungen der Farmer und der Regierung über die jeweils angebrachte Substitutionsrate von Freiheit und Sicherheit selten miteinander übereingestimmt hätten. Wenn er aber meint, daß man durch Interviews bei den Farmern ihre Ansichten feststellen müsse, damit die Regierung rechtzeitig ihre Politik danach einrichten könne, so würde das den Verzicht auf eine konstruktive, an den Gesamtinteressen der Nation orientierte Agrarpolitik zugunsten einer einzelnen Berufsgruppe bedeuten. Und in der Tat ist der Inhalt der ständig an Schärfe zunehmenden Kritik an der amerikanischen Agrarpolitik, daß sie durch die Schlüsselstellung der Farmer bei den Senats- und Präsidentenwahlen immer stärker in Widerspruch mit der übrigen Wirtschaftspolitik und auch mit den langfristigen Interessen der Farmer selbst gerate<sup>6)</sup>. Die kurzfristige Bilanz von Freiheit und Sicherheit entspricht nur dem augenblicklichen Interesse der Mehrzahl der Angehörigen einer

Berufsgruppe. Sie ist deshalb zu ergänzen durch eine wirtschaftliche und soziale Bilanz der ganzen Volkswirtschaft, in der die Passiva zu verbuchen sind, die durch unerwünschte Rückwirkungen der Interventionspolitik langfristig bei der Berufsgruppe selbst und unmittelbar und mittelbar bei anderen Bevölkerungsteilen entstehen. Und nun zeigt sich überall, wo die Staatsmaschine mit der defensiven Parole nach mehr Sicherheit zugunsten einer Berufsgruppe in Bewegung gesetzt wird, ein charakteristischer Umschlag. Auch hier kommt der Appetit beim Essen. Wenn man sich gegen das Risiko abgesichert hat, wird man offensiv und versucht, sich auf Kosten anderer einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu verschaffen. So entpuppt sich dann das Prinzip der kollektiven Sicherheiten als die Methode der volkstümlichen Begehrlichkeit und Schlaueit: mit der Mettwurst nach der Speckseite werfen, deren Größe man durch Kostenkalkulationen, Berechnung von Lohnquoten oder „Paritäten“ bestimmt. Der ganze Inhalt der Wirtschaftspolitik besteht dann in solchen Katzbalgereien um den Anteil am Sozialprodukt, wobei nicht die ökonomische Leistung, sondern die politische Machtkonzentration entscheidet. Dadurch wird der eigentliche Sinn der Wirtschaft, die eine gemeinsame Veranstaltung zur Deckung menschlicher Bedürfnisse sein soll, verfälscht. Wer heute im harmlosen Schafspelz laut nach Sicherheit ruft, dem soll man unter die Haut fassen, um zu sehen, ob nicht ein Wolf darunter steckt.

#### Marktstörende und marktstützende Interventionen

Historiker und Nationalökonomien können aus dem Lauf der Geschichte und aus der Kenntnis der Wirtschaftsgesetze heute den Beweis führen, daß die Marktwirtschaft unentbehrliche Elemente einer freiheitlichen und gerechten Ordnung enthält, daß diese Elemente aber durch die Rechtsordnung eines starken Staates geschützt und zu einer vollen Ordnung ergänzt werden müssen; durch einen Staat, der den Einzel- und Gruppenegoismus bündigt und nicht zum willfährigen Diener von Marktparteien herabsinkt. Die letzten zwanzig Jahre haben nun gezeigt, daß die Wirtschaftspolitik sich weniger bemüht hat, die immanenten Gesetze des Wirtschaftsprozesses in eine gesellschaftliche Gesamtordnung einzubauen, als sie vielmehr zurückzudrängen und sich in offenen Gegensatz zu ihnen zu setzen. Da es aber, wie Bresciani-Turroni sagt, spontane wirtschaftliche Kräfte gibt, die zu unterdrücken weder möglich noch zweckmäßig wäre, so ist der Marktmechanismus als Steuerungsfaktor noch in unterschiedlichem Grade wirksam. So kommt es zu sehr unübersichtlichen Mischsystemen, in denen die Interventionen oft punktuell, d. h. ohne Rücksicht auf den Gesamtzusammenhang des volkswirtschaftlichen Prozesses von Fall zu Fall eingesetzt werden und dadurch neue Störungen erzeugen. So entsteht, wie Franz Böhm gesagt hat, „ein Tummelplatz ord-

<sup>5)</sup> D. E. Hathaway, Agricultural Policy and Farmers' Freedom: A suggested Framework. „Journal of Farm Economics“, Menasha, Wisconsin, Vol. XXXV (1953) Nr. 4, S. 496 ff. — E. G. Long, Freedom and Security as Policy Objectives. Ebenda, Vol. XXXV (1953) Nr. 3, S. 317 ff.

<sup>6)</sup> Turning the Searchlight on Farm Policy. The Farm Foundation, Chicago 1952.

nungsindifferenter Geschiebevorgänge, eine Anarchie von Gruppenlibertäten, ein durchaus gestaltloser Sozialprozeß und damit der ideale Nährboden für diejenigen, die politisches Handeln mit bloßer Geschäftigkeit verwechseln<sup>7)</sup>. Ordnung läßt sich in diesen Wirrwarr nur hineinbringen, wenn die Interventionen so gewählt werden, daß sie mit den Gesetzen der Marktwirtschaft in Einklang stehen. Worauf es ankommt, können Sie sich an dem Düngemittelschema in Ihrem landwirtschaftlichen Taschenkalender klarmachen, das Ihnen zeigt, welche Düngerarten man ohne Nachteil miteinander mischen darf und welche nicht. Ein solches Schema benötigen wir auch für die Interventionen.

In unserem Gutachten A des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung<sup>8)</sup> haben wir versucht, die Interventionen in das Marktgeschehen danach zu unterscheiden, ob sie mit den Prinzipien der Wettbewerbsordnung verträglich (konform) sind oder nicht. Danach ergibt sich folgende Liste, die ich in einigen Punkten ergänze:

**1. Mit der Wettbewerbsordnung unvereinbare Ziele und Methoden der Preis- und Marktpolitik.**

- a) Das Ziel, die Kosten aller Betriebe zu decken.
- b) Alle Versuche, Preis- und Einkommensparitäten durch Eingriffe in den Markt herbeizuführen.
- c) Staatliche Preisstützungen, die das Preisniveau dauernd über dem Marktpreis zu halten versuchen und zur Ansammlung unverkäuflicher Vorräte und schließlich zu Zwangseingriffen in die Produktion führen.
- d) Eine Herabdrückung der Preise unter den Marktpreis aus sozialen Gründen. Sozialpolitik ist nicht über den Markt, sondern durch direkte Zuwendungen zu betreiben.
- e) Preisfestsetzungen durch Berufsverbände und Interessentenmonopole.
- f) Staatliche Einfuhrmonopole, starre Mengenkontingente und Devisenbewirtschaftung.
- g) Bilateraler Ausgleich des Außenhandels, der entweder den Export behindert oder zu falschen Einfuhren zwingt.
- h) Regionalismus, d. h. handelspolitischer Zusammenschluß mehrerer Staaten mit starker Absperrung von der übrigen Welt. Statt zwei Partnern wie beim Bilateralismus sind dann mehrere in einem Käfig.
- i) Weitgehende Ermächtigungen der Regierungen oder einzelner Ministerien, in den Markt einzugreifen. Sie sind sprunghaft, unvorhersehbar, stehen unter dem Druck von Interessenten und geben den untergeordneten Dienststellen zuviel Spielraum für willkürliche Verwaltungsakte.

<sup>7)</sup> Franz Böhm, Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens. „Ordo“, Bd. 3 (1950), S. XXXV.

<sup>8)</sup> Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1950.

**2. Mit der Wettbewerbsordnung vereinbare und sie ergänzende Ziele und Methoden.**

- a) Marktordnungen (zum Unterschied von Marktregelungen), die dazu dienen sollen, einen gut funktionierenden Preismechanismus zu sichern und den Leistungswettbewerb zu fördern, wie z. B. Einrichtung von Märkten und Börsen, zutreffende Preisnotierungen, Marktbeobachtung und Marktberichterstattung, leistungsfähige und zuverlässige Statistik; hygienische Mindestanforderungen, Aufstellung von Handelsklassen.
- b) Mäßige Schutzzölle, welche die volle Auswirkung der internationalen Konkurrenz auf die Standortverteilung abschwächen, aber nicht aufheben und die langsam abgebaut werden sollten, wenn sich die Konkurrenzfähigkeit des geschützten Wirtschaftszweiges gehoben hat.
- c) Eine auf das Notwendigste beschränkte staatliche Vorratshaltung zur Milderung von starken Preisschwankungen bei Agrarprodukten, deren Nachfrage unelastisch ist.
- d) Eine Verhütung des Aufkommens starker Monopole, am besten durch radikalen Abbau der Zölle für monopolisierte Waren.
- e) Abwehrmaßnahmen gegen Außenhandelsmonopole anderer Staaten, gegen Valutadumping und gegen Preisdumping ausländischer privater Monopole.
- f) Maßnahmen der Landeskultur und zur Verbesserung der Sozialstruktur, unmittelbar finanziert aus den Etats der Gebietskörperschaften und des Bundes, um marktwirtschaftlich schwachen Kräften bessere Startbedingungen in der Wettbewerbsordnung zu geben.
- g) Eine Geld-, Kredit- und Finanzpolitik, die den Pendelschlag des Wirtschaftsablaufs verkürzt, indem sie bald bremsend, bald fördernd eingreift und dadurch stabilisierend wirkt.

Ein Blick auf diesen Katalog zeigt, daß eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Gesetzen der Marktwirtschaft orientiert und auf die systemfremden Interventionen verzichtet, gleichwohl noch ein ausgedehntes Feld der Betätigung behält; und daß die Marktwirtschaft, so wie sie hier verstanden wird, weit entfernt ist von dem Schreckgespenst des freien Spiels der Kräfte, mit dem die eingeschworenen Planer den Leuten immer Angst machen. Bei der Durchsicht unserer Liste drängt sich aber noch eine andere Einsicht auf. Viele der genannten Maßnahmen stützen und ergänzen die Wettbewerbsordnung, wenn sie in mäßigen Dosen angewendet werden, sie stören sie aber, wenn die Dosierung zu stark wird. Die Wirtschaftspolitik steht damit vor denselben Problemen wie die medizinische Therapie bei der Anwendung von Medikamenten. In geringer Dosis wirken dieselben Stoffe anregend, die bei Überdosierung den Körper vergiften. Es kann an zahl-

reichen Beispielen gezeigt werden, daß die Überdosierung der Interventionen geradezu die typische Zeitkrankheit der Wirtschaft unserer Epoche ist. So hat z. B. die Überdosierung der Stützungspreise auf den Agrarmärkten der USA Angebot und Nachfrage in ein so starkes Ungleichgewicht gebracht, daß sich gewaltige Mengen unverkäuflicher Vorräte angesammelt haben. Auch Einfuhrmonopole haben unter dem Einfluß der inländischen Produzenten dauernd die Neigung, die obere Preismarkierung zu wählen und den marktmäßigen Abfluß der Ware zu erschweren. Wenn aktive Konjunkturpolitik bei vorsichtiger Anwendung ihrer Mittel ein Stabilisierungsfaktor sein kann, so führt sie unter der Herrschaft des Dogmas von der Vollbeschäftigung und einer naiven Kaufkrafttheorie zur Inflation. Ein mäßiger Schutzzoll ist mit der Wettbewerbsordnung noch verträglich, ein hoher Zoll hat dieselbe störende Wirkung auf den Außenhandel wie Kontingente und Einfuhrmonopole. Vorratshaltung, insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten des unelastischen Bedarfs kann bei stark schwankendem Angebot die Preisausschläge abschwächen, überdosiert aber lähmt sie die automatisch wirkenden Anpassungskräfte und stellt zu hohe Anforderungen an die Staatsfinanzen. Wirtschaftspolitik als die Kunst des Möglichen ist deshalb vor allen Dingen die Kunst der maßvollen und intelligenten Dosierung. Dazu gehört aber vor allem große Unabhängigkeit von den Interessentenwünschen. Das gilt für alle Gebiete der Wirtschaftspolitik. Im Hinblick auf die Agrarpolitik habe ich das Problem an einer anderen Stelle folgendermaßen formuliert: „Die von den organisierten Interessen an den Gesetzgeber und die Verwaltung herangebrachten Wünsche und Forderungen sind ‚Rohstoffe‘ und Triebkräfte der Agrarpolitik, aus denen die Scheidekraft des Parlaments und die Unparteilichkeit der Staatsverwaltung erst noch ein Endprodukt herzustellen haben, das die Bezeichnung Agrarpolitik verdient“<sup>9)</sup>.

### Forderungen für die aktuelle Wirtschaftspolitik

Angesichts des verwirrenden Streits um die Probleme der Marktwirtschaft und der Interventionen sollte man sich einer Methode erinnern, die Goethe vorgeschlagen hat, um widerspenstige Fragen zu überwinden. Er sagt, daß die größte Kunst in der Theorie wie im praktischen Leben darin bestehe, ein Problem in ein Postulat zu verwandeln<sup>10)</sup>. Und gerade das hat Bundeswirtschaftsminister Erhard getan, als er allen Einwendungen zum Trotz das von den Nationalökonom Eucken, Böhm und Miksch erarbeitete Denkmodell der Wettbewerbsordnung zur Richtschnur seiner Wirtschaftspolitik ge-

macht hat. Er hat das auf der Tagung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Hamburg am 7. Januar 1954 deutlich zum Ausdruck gebracht<sup>11)</sup>. „Wenn ich — scheinbar wird das so empfunden — mit solcher Sturheit das marktwirtschaftliche Prinzip nach außen vertrete, so hat dies schon seinen guten Grund. Ich bin mir natürlich darüber klar, daß das Denkmodell eines reinen Wettbewerbs an dieser oder jener Stelle keine volle Gültigkeit besitzt. Trotzdem sollten wir Gott dankbar sein, daß wir wieder ein solches Denkmodell haben, auf diese Weise endlich zu einem wirtschaftlichen Ordnungsdenken zurückgekehrt sind und darauf verzichten, in den Tag und in die Welt hineinzuwursten. . . Ich glaube, daß wir dem Modell einer wirtschaftlichen Ordnung, die wir im Kopf haben, die Erfolge verdanken, die wir zu verzeichnen haben, so sehr wir auch bereit waren und bereit sein mußten, im einzelnen davon abzuweichen“.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist nach dieser Grundkonzeption in einer entschlossenen Abkehr von dem zentralen Lenkungssystem erfolgt, dessen vollständiger Zusammenbruch die Volkswirtschaft in einem chaotischen Zustand zurückgelassen hatte. Wenn es noch eines überzeugenden Beweises bedurft hätte, welche Kraft selbst einer sehr unvollkommenen Marktwirtschaft innewohnt, dann ist dieser Beweis in den letzten Jahren erbracht worden. Das ermutigt dazu, die Wettbewerbsordnung auch Schritt für Schritt überall dort auf die Dauer durchzusetzen, wo sie heute noch nicht befriedigend funktioniert: auf den Märkten für Kohle und Eisen, auf einer Reihe landwirtschaftlicher Märkte, in der Wohnungswirtschaft, in den Währungsverhältnissen und im Außenhandel. Der praktische Weg besteht darin, daß

1. bei vielen der noch bestehenden Marktregelungen die Überdosierung abgeschafft wird und daß
2. eine Umsteuerung von den wettbewerbsfeindlichen Interventionen unserer Liste zu den ergänzenden Maßnahmen erfolgt.

Wenn man dieses Ziel ständig vor Augen hat, so kommt es nur noch auf die Wahl des richtigen Zeitpunktes an. Darüber kann die wissenschaftliche Theorie keine verbindlichen Aussagen machen. Das ist vielmehr die Angelegenheit von geborenen Politikern, die über das verfügen, was Spengler den „physiognomischen Takt“ genannt hat. Sie haben dabei auf der einen Seite das Trägheitsmoment zu überwinden, das eine unmittelbare Folge des massenpsychologischen Sicherheitskomplexes ist, und auf der anderen Seite die Aktionsfreudigkeit der Staats- und Verwaltungsbürokratie zu dämpfen, denen das Interventionieren zu einem Lebensberuf geworden ist.

Ein Operieren auf dieser Grundlinie würde auch die Agrarpolitik harmonisch in die gesamte Wirtschaftspolitik einfügen und ihr auch für ihre einzelnen Maßnahmen ein klares Ordnungsprinzip geben. Wie von hier aus die Agrarpolitik ihre positive oder negative

<sup>9)</sup> Art. Agrarpolitik, volkswirtschaftlich-politische Problematik (H. Niehaus). Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1953, S. 85.

<sup>10)</sup> Zitiert nach Whyte, a. a. O., S. 15.

<sup>11)</sup> Grosse, Mommsen, Wessels, Der Wettbewerb in der Grundstoffindustrie, Darmstadt 1954, S. 108.

Bewertung erhält, mag zum Schluß noch angedeutet werden, indem ich die beiden aktuellen Vorhaben betrachte: Die beiden Paritätsgesetzesentwürfe, die im Bundestag von den Fraktionen der CDU, CSU, DP und FDP eingebracht worden sind, und das laufende Agrarprogramm des Bundesministers Lübke zur Verbesserung der Agrarstruktur. Dabei setze ich voraus, daß Ihnen nach den vielen Erörterungen in der Presse diese Pläne bekannt sind. Ihrem allgemeinen Ziel, die Einkommenslage der Landwirtschaft zu verbessern, wird jeder vorbehaltlos zustimmen können. Die Paritätsgesetzesentwürfe bestimmen aber dieses Ziel näher in einer Weise, die den Grundgesetzen der Marktwirtschaft widerspricht. Die Bundesregierung soll verpflichtet werden, die Mittel der allgemeinen Wirtschaftspolitik, vornehmlich der Preis-, Handels-, Steuer- und Kreditpolitik, so einzusetzen, daß der Gesamtertrag der Landwirtschaft den notwendigen Aufwand deckt. Das klingt sehr plausibel und scheint der klassischen Produktionskostentheorie zu entsprechen, wonach in der freien Konkurrenz die Marktpreise um die Linie der Durchschnittskosten herumpendeln. Sind die Marktpreise zeitweilig niedriger, so wird die Produktion etwas eingeschränkt, so daß die Preise steigen, sind die Erzeugnispreise höher als die Kosten, so wird die Produktion erweitert, und die Preise sinken auf das Kostenniveau zurück. Aber dieses Kostenniveau ist selbst veränderlich, und eine Hauptaufgabe der Betriebsführung besteht darin, die individuellen Kosten ständig an die erzielbaren Marktpreise anzupassen. Die Wirtschaftspolitik kann diesen Anpassungsprozeß von Kosten und Erlösen dadurch fördern, daß sie Monopole verhindert, die ihre Preise dauernd über ihren Kosten halten, und daß sie unvorhersehbare Produktionsschwankungen, die nichts mit den Kosten zu tun haben, wie insbesondere starke Ernteschwankungen, in ihrer Wirkung auf das Preisniveau durch Einfuhren oder Vorratskäufe abschwächt. Diese marktkonformen Mittel sind aber in den Gesetzesentwürfen nicht gemeint. Vielmehr sollen die Arbeitslöhne und die Zinsansprüche des Kapitals, ja, sogar ein bestimmter Betrag für den Unternehmerlohn, die normalerweise das Ergebnis des marktwirtschaftlichen Prozesses sind, mit festen Ansprüchen als Sollbeträge in die Kosten einkalkuliert werden, wobei der Arbeitslohn aller in der Landwirtschaft Tätigen nach bestimmten Industrielöhnen zu bemessen ist. Wird die so aus den Sollkosten und Erlösen der vergangenen Wirtschaftsperiode berechnete Einkommensparität nicht erreicht, so ist sie durch staatliche Interventionen auf allen möglichen Gebieten der Wirtschaft herzustellen. Der Antrag der FDP möchte mit dem Einsatz der Interventionen nicht so lange warten, bis die Berechnungen für das abgeschlossene Wirtschaftsjahr vorliegen, sondern auf Grund eines vierteljährlich aufzustellenden Preisparitätsindex auf der Basis von 1938 so in die Märkte eingreifen, daß es am Ende des laufenden Wirtschaftsjahres gar nicht zu einem Einkommensdefizit kommt. Das alles ist marktfremder Interventionismus in stärkster Ausprägung, und man braucht sich nur vorzu-

stellen, daß dieses Prinzip der Parität auf alle anderen Berufsschichten ausgedehnt würde, um einzusehen, daß damit das Ende jeder geordneten Marktwirtschaft und eine neue Periode inflationistischer Zentralverwaltungswirtschaft gekommen wäre.

Eine solche Politik widerspricht aber nicht nur jeder vernünftigen Wirtschaftsordnung, sondern auch den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates. Denn das Parlament soll die Regierung und den Bundesrat, im FDP-Entwurf sogar den Bundesminister für Landwirtschaft allein ermächtigen, die Mittel für diese Politik im Wege von Rechtsverordnungen zu bestimmen. Wir haben aus der Vergangenheit so viele warnende Beispiele für die Selbstentmachtung des Parlaments, daß wir nicht glauben, der Bundestag könnte ein solches Harakiri begehen und den unbelehrbaren Anhängern einer totalitären Lenkungswirtschaft, die hier und da schon ungeduldig mit den Füßen scharren, neues Wasser auf ihre Mühlen geben. Aber auch der wirtschaftliche Zusammenhang macht eine Abdankung des Parlaments unmöglich. Weil nämlich die Interventionen viel öffentliche Gelder in Anspruch nehmen würden, so müßte über die Etatsberatungen doch die Verantwortung wieder auf den Bundestag zurückfallen.

Durch eine ganze Welt unterscheidet sich von diesen Abenteuern der Plan des Bundeslandwirtschaftsministers, der in einem langfristigen Programm insbesondere die Lage in kleinbäuerlichen Gebieten verbessern will, damit diese in einer Wettbewerbsordnung als vollberechtigte Partner ein echtes Leistungseinkommen erzielen können. Ich kann es mir ersparen, die Vielfalt der Mittel aufzuzählen, die in dieser Richtung eingesetzt werden können. Förderung des Schul- und Beratungswesens, Verbesserung des Agrarkredits, Förderung der Tendenz zu größeren und weniger zerstückelten Betriebseinheiten, Verkehrserleichterung und Industrialisierung kennzeichnen das weite Feld für eine konstruktive Agrarpolitik, die gleichzeitig die staatspolitische Verpflichtung hat, einen wertvollen Bevölkerungsteil in eine Lebensform zu bringen, die unserer Nation würdig ist. Diese langfristige Strukturpolitik bedeutet keinen Verzicht auf die Mittel der Kreislaufpolitik, die in engster Fühlungnahme mit der gesamten Wirtschaftspolitik das Funktionieren der Binnenmärkte und des Außenhandels zu sichern haben. Es ist in der Bundestagsdebatte über die Paritätsgesetzesentwürfe das Wort gefallen, es handele sich bei diesen Gesetzen und dem Lübke-Programm um „Siamesische Zwillinge“. Das war lobend gemeint. Nach aller Erfahrung aber taugen Siamesische Zwillinge nicht für das praktische Leben, sondern nur für Schaustellungen auf Jahrmärkten. Ich wünsche, Sie davon überzeugt zu haben, daß hier eine Operation vorgenommen werden muß, bei welcher der eine Teil, die Paritätsgesetze, geopfert werden sollte, damit der überlebende Teil, das Strukturprogramm, sich um so kräftiger entwickeln kann. Wir sollten es zum Patenkind der ganzen Nation machen!